



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

Z1.21.263-PrM/71

364/A.B.
zu 361/J.
Präs. am 17. Feb. 1971

17. Februar 1971

An den

Präsidenten des Nationalrates
Dipl. Ing. Karl WALDBRUNNER,

1010 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat ZANKL, RADINGER, CZERNETZ und Genossen haben am 18. Dezember 1970 unter Nr. 361/J eine schriftliche Anfrage an die Bundesregierung, betreffend EntschlieÙung Nr. 451 der Beratenden Versammlung des Europarates über das Memorandum des Generalsekretärs der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (O.E.C.D.), gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"Unter Bezugnahme auf die von der Beratenden Versammlung des Europarates am 18. September 1970 angenommene EntschlieÙung Nr. 451 betreffend das Memorandum des Generalsekretärs der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (O.E.C.D.) richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesregierung folgende

A n f r a g e :

Ist die Bundesregierung bereit, Ihren Vertreter bei der O.E.C.D. anzuweisen, für die im Absatz 10 dieser EntschlieÙung enthaltenen Vorschläge einzutreten?"

Ich beehre mich, diese Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt zu beantworten:

In Absatz 10 der EntschlieÙung Nr. 451 der Beratenden Versammlung des Europarates vom 18.9.1970 werden die Regierungen der Mitgliedsländer der OECD aufgefordert,

- a) im Rahmen der Organisation die sozialen Prioritäten als einen Teil des Rahmens festzulegen, in dem die Mitgliedsländer ihre Wirtschaftspolitik entscheiden sollen;

b) in der Organisation mit der Untersuchung der Bedingungen für eine wirksame und sozial ausgeglichene Einkommenspolitik fortzufahren.

Gemäß den in der OECD-Konvention, Art.1, festgelegten Zielen der Organisation sollen die Mitgliedstaaten u.a. "unter Wahrung der finanziellen Stabilität eine optimale Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung sowie einen steigenden Lebensstandard erreichen."

In Verfolg dieser Zielsetzung hat die Organisation in der letzten Zeit größeres Augenmerk als bisher den sozialen Aspekten des Wirtschaftswachstums gewidmet. Mit Priorität werden die inflationären Tendenzen in den Mitgliedstaaten verfolgt, die Preis- und Lohnentwicklung studiert und die Umweltprobleme behandelt. Österreich hat sich seinerzeit im Rat der OECD für diese Ausrichtung der Tätigkeit ausgesprochen.

Soweit eine wirksame und sozial ausgeglichene Einkommenspolitik in Frage kommt, möchte ich darauf verweisen, daß diese Fragen in der OECD gleichfalls behandelt werden. Im Rahmen dieser Tätigkeit hat u.a. eine OECD-Mission im Dezember v.Js. Österreich besucht, um die österreichische Preis- und Einkommenspolitik, die zufolge der guten Sozialpartnerschaft im Verhältnis zu anderen OECD-Staaten eine gleichmäßigere soziale und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ermöglicht hat, zu studieren.

Es entspricht durchaus der Politik der Bundesregierung an diesen Arbeiten der OECD weiterhin aktiv teilzunehmen bzw. jene Bestrebungen zu unterstützen, die eine noch stärkere Berücksichtigung der sozialen Aspekte bei der Festlegung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten gewährleisten können.

